

Wahlkampf auf dem Markt

Christdemokraten wollen mit unterschiedlichen Themen bei den Langenhangern punkten

In den Bereichen Bildung, Jugend und Soziales will die CDU einiges verändern. Auf dem Marktplatz sind Christdemokraten von Region, Stadt- und Ortsverband, Frauen Union und Junger Union am Informationsstand mit den Langenhangern ins Gespräch gekommen.

VON ANJA BARTELT

LANGENHAGEN. „Es gab schon schönere Zeiten und nettere Gespräche auf dem Marktplatz“, resümiert Gesine Saft vom CDU-Ortsverband. Die Stimmung vieler Langenhangener gegenüber Politikern ist angespannt. Das bekamen auch die Christdemokraten, die am Sonnabend ihren Infostand auf dem Marktplatz betrieben, zu spüren. Und trotzdem wollen die Kommunalpolitiker für ein finanziell unterstütztes Ehrenamt, Schulsanierungen, Kindergartenbeiräte und die Integration von Migrantinnen kämpfen.

„Wir haben unsere Politik pointiert zusammengefasst und wollen

den Bürgern zeigen, wohin es hätte gehen können“, sagt der CDU-Ortsverbandsvorsitzende Marco Zacharias. An den Infoständen, die bis zur Kommunalwahl noch zwei weitere Male auf dem Marktplatz stehen werden, will die CDU außerdem Alternativen anbieten, wie es nach der Wahl im September weitergehen könnte. „Wir wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen, deshalb müssen wir Eltern und Kinder stärken“, betont Renate Friedrich vom CDU-Stadtverband. Sie kritisierte gleichzeitig die mangelnde Kommunikation zwischen Stadt und Kindergärten. Auch sprach sie sich deutlich für die Förderung von Familienzentren aus, denn nur so könnten Migrantinnen besser integriert werden.

Zacharias legt sein Augenmerk auf die Schulsanierungen. „Investitionsstau ist die Folge falscher Politik“, sagt er. Auch das Thema Inklusion wurde am Sonnabend angesprochen. „Ich sehe eine Eingliederung besonders geförderter Behin-



Marco Zacharias (von links), Renate Friedrich, Gabriele Spier, Andreas Friedrich, Ulrich Müller und Alexander Schaper sprechen auf dem Marktplatz mit Bürgern über Bildung und Soziales. Bartelt

derter in normale Schulen skeptisch“, sagte der Stadtverbandsvorsitzende Ulrich Müller. Denn Deutschland habe ein hoch qualifiziertes Förderungssystem für behinderte Kinder, auf das seiner Ansicht nach nicht verzichtet werden

sollte. Andreas Friedrich, CDU-Regionsabgeordneter, bestätigte, dass auf Regionsebene bereits über Inklusion diskutiert wird. „Um diese wirklich umsetzen zu können, müssen aber noch viele Aspekte geklärt werden“, sagte er.

11. September 2011
Kommunalwahl

Fenster schließen

Ausschnitt drucken